

Ralf Schöppner

Vorwort

Die seit 2017 im deutschen Bundestag vertretene Partei Alternative für Deutschland (AfD) hat 2018 die Desiderius-Erasmus-Stiftung als ihre parteinahe Bundesstiftung anerkannt. Damit setzte sie die auch schon vorher mit Landesstiftungen praktizierte Strategie fort, sich mit dem Namen des niederländischen Renaissance-Humanisten Erasmus von Rotterdam (1466–1536) zu schmücken. Dies war Anlass für eine Diskussionsveranstaltung im Rahmen des Kolloquiums Humanismusforschung der *Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg* sowie deren Fachtagung „Erasmus: Humanist, nicht Nationalist“ am 9. September 2019, in Kooperation mit der *Humanistischen Akademie Deutschland* und gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung. Der vorliegende Band versammelt Beiträge von an diesen Debatten beteiligten Autorinnen und Autoren. Zwei Aufsätze analysieren die geschichtspolitische Strategie der AfD, ihre strategischen Bezugnahmen auf Elemente der europäischen Geistesgeschichte. Die anderen sechs Aufsätze stellen auf die eine oder andere Weise das Werk und Wirken von Erasmus von Rotterdam in den Mittelpunkt und verknüpfen die historische Perspektive mit der Frage nach Erasmus' Aktualisierungspotenzialen für die Entwicklung humaner Zukunftsperspektiven heute. Diese Gewichtung ist Programm: Der Hauptfokus soll hier nicht auf einer Auseinandersetzung mit einer sich ohnehin schon allzu sehr in den Vordergrund drängelnden Partei liegen, sondern auf Erasmus von Rotterdam. In allen Texten aber wird – ausdrücklich oder nebenbei – deutlich, dass dessen erstaunliche Indienstnahe durch eine rechtsautoritäre und völkisch-nationalistische Partei nicht in historischer Sachkenntnis oder einer inhaltlichen Nähe begründet ist. Drei zentrale Erkenntnisse sollen hier eingangs genannt werden:

- Es gibt bei der AfD keine aktive Geschichtspolitik im eigentlichen Sinne, sondern rhetorische Strategien der Überwältigung, Verblüffung, Verzahnung und Vereinnahmung.
- Der Name „Erasmus“ steht für einen moralischen und politischen Universalismus sowie ein republikanisches Europa aller seiner Bürgerinnen und Bürger.
- Erasmus’ Denken eignet sich nicht zur ideologischen Vereinnahmung durch politische und weltanschauliche Positionen, es warnt vielmehr vor solchen partikularistischen Vereinnahmungen.

Dieser Versuch, Erasmus zu vereinnahmen, ist zugleich ein Versuch, sich des Humanismus zu bemächtigen. Auch das mag verwundern, denn augenfälliger ist sicherlich zunächst ein anderer Befund. „Schaut man in aktuelle Pegida-AfD-NPD-Positionen, so ist Humanismus klar als Gegner definiert, nicht nur im Sinne von ‘Humanitätsduselei’, die in der Flüchtlingsfrage abgelegt werden soll, sondern klarer Antihumanismus ist feststellbar. Es gilt festzuhalten, dass bei gegenwärtigen größeren politischen Strömungen und rechten Bewegungen, in denen Deutschland sozusagen als germanische Kernbevölkerung gedacht wird, klare Vorstellungen von dem vorzufinden sind, was Humanismus ist und warum dieser nicht zu Deutschland gehören soll.“¹ Doch der „Antihumanist“ wird das nicht unbedingt bestätigen und sich womöglich sogar „emphatisch“ zu einem „gelebten Humanismus“ bekennen, wie es nicht nur ein sogenannter „Vordenker“, Abgeordneter des deutschen Bundestages und Kuratoriumsmitglied der Desiderius-Erasmus-Stiftung macht,² sondern wie es mittlerweile häufig von Repräsentanten dieses politischen Spektrums inszeniert wird.

Aber was bedeutet das? Spricht hier einfach nur der Wolf im Schafspelz, sich schmückend mit einem Vokabular und einer ihm fremden Tradition, auf die er eigentlich pfeift? Handelt es sich schlichtweg um die feindliche Übernahme eines Humanismus, der *per definitionem* nicht völkisch-nationalistisch sein kann und nur strategisch instrumentalisiert wird? Oder aber handelt es sich um die autoritäre und nationalistische Aneignung eines Konzeptes, das solche Aneignungen aufgrund seiner eigenen Unterbestimmtheit nicht ausschließen kann, historisch auch schon nicht

1 So Horst Groschopp im Humanistischen Pressedienst am 20.6.2016, <https://hpd.de/artikel/gehoert-humanismus-deutschland-13221> (dieser und alle folgenden Links abgerufen am 20.10.2020).

2 <https://marcjongen.de/leserbrief-von-dr-marc-jongen-zum-beitrag-afd-klare-absage-an-humanismus/>.

ausgeschlossen hat und in dessen Nähe sich Rechtsautoritäre und völkische Nationalisten ernsthaft wännen können? Je nachdem, wie man diese Frage beantworten möchte, ergeben sich zwei unterschiedliche Zielpunkte für die notwendige Kritik. Im einen Fall würde man eine unzulässige Bezugnahme auf „Humanismus“ überhaupt und diese schlichtweg als bloße „Instrumentalisierung“ kritisieren, die inhaltlich nicht ernst gemeint ist. Im anderen Fall würde man die Bezugnahme ernst nehmen – ohne ihr „auf den Leim zu gehen“ –, aber das vorliegende Verständnis von Humanismus kritisieren. Einmal würde man dem strategischen „Raub“ eines normativ eindeutig festgelegten – idealistischen – Konzepts widersprechen und das andere Mal einem abzulehnenden konkurrierenden Verständnis von Humanismus.

In dieser Entgegensetzung sind eigentlich zwei Fragen miteinander verknüpft: 1. Wie ist die politische Strategie der AfD und ihrer Stiftung einzuschätzen? 2. Wie steht es mit dem eigenen humanistischen Selbstverständnis? Bei letzterer scheint es darum zu gehen, ob man die eigene Tradition für unantastbar durch rechte Ideologien hält oder ob man die Möglichkeit von Kontaminationen innerhalb der eigenen Tradition zugesteht. Dafür, dass man vielleicht nicht vorschnell auf „Instrumentalisierung einer sakrosankten Tradition“ entscheiden sollte, mögen irritierende Begleiterscheinungen in historischen Bezugnahmen auf Humanismus (Humanismus in der Verfassung der DDR, Ciceros Macht- und Klassenpolitik), der viel kritisierte „Dritte Humanismus“ oder auch die nationalsozialistischen Führungsfiguren, die Absolventen humanistischer Gymnasien waren, Anzeichen bieten. Auf diese Problematisierung sollte man nicht verzichten, nur weil sie auch in Form von zu Schlagworten geronnenen Vorwürfen aus Religionskreisen zu hören ist. In jedem Fall aber wird es stets darum gehen, dass humanistische Organisationen heute ihre eigene Bezugnahme auf Humanismus demgegenüber weiter inhaltlich profilieren.

Die angedeutete Problematik wird im ersten Beitrag des Bandes von *Gideon Botsch* mitthematisiert: „‘Am Anfang stand die Überwältigung.’ Zur Geschichtspolitik der AfD“. Der Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus am Moses Mendelssohn Zentrum der Universität Potsdam zeigt an programmatischen Beispielen – Bundesprogramm und Brandenburger Programm 2019 der AfD – und an personellen Beispielen – Höcke und Gauland – den AfD-typischen Zugriff auf deutsche Geschichte und Gegenwart. Er demaskiert die vorgebliche „Bürgerlichkeit“ und „demokratische Gesinnung“, kritisiert die fehlende geschichtswissenschaftliche Fundierung sowie die überkommene

Geschichtsdidaktik und benennt spezifische Vereinnahmungsstrategien: „Überwältigung, Verwirrung und ‘Verzahnung’“. Dass man ausgerechnet Erasmus zum Namenspatron der eigenen Stiftung gemacht habe, solle „verwirren und verblüffen, unentschiedene Zweifler zum Verstummen bringen“. Es gehe um die Verwischung klarer Fronten und die Erzeugung unklarer Lagebilder, darum, „dem Gegner seine Begriffe, Symbole und ‘Helden’ streitig zu machen“.

In den analysierten Beispielen finden sich auch affirmative Bezugnahmen auf Humanismus: ein „deutscher Humanismus“ im Brandenburger Wahlprogramm und Höcke – sich bildungsbürgerlich-belesen gebend –, der sich selbst in seinem Buch einen „tief verankerten Humanismus“ zuspricht, wozu sein Herausgeber sekundiert, das sei „keine Schutzbehauptung“, sondern aufrichtig gemeint. Hier haben wir also einen „Humanismus“ ohne Humanität (oder mit völkisch reduzierter Humanität), der entweder gar keiner oder ein falscher und amputierter Humanismus ist. Botsch erwähnt auch den Anspruch des völkischen Nationalismus, Menschen in Phasen realer oder vermeintlicher Krisen ein existenzielles Sinnangebot durch das Aufgehobensein in einem Ganzen zu machen. Ein abermaliger Hinweis darauf, dass humanistische Verbände sich heute nicht nur als politische Interessensvertreter von Konfessionsfreien verstehen, sondern vor allem auch alternative weltanschauliche Sinnangebote weiterentwickeln sollten.

Die AfD und ihre Stiftung nehmen freilich nicht nur Erasmus und den Humanismus für sich in Anspruch, sondern auch christliche Werte und einen „wahren Volksglauben“. *Maren Behrensen*, ehemals wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und aktuell Assistenzprofessorin an der Universität Twente in Enschede, berichtet von einem „Populismus im Kleinen“, der sogenannte „Amtskirchen“ (analog zu „Altparteien“) als elitär und volksfern kritisiert. In ihrem Beitrag „Die ‘Alternative’ für Deutschland und die christlichen Werte“ liefert sie eine Bestimmung von „Populismus“, die den Politikstil der AfD auf sehr prägnante Weise beschreibt, und sie analysiert, wie dieser mit den Inhalten eines völkischen Nationalismus und Rechtsextremismus verbunden wird. Behrensen war Mitautorin der Studie „Grundpositionen der Partei ‘Alternative für Deutschland’ und der katholischen Soziallehre im Vergleich“ aus dem Jahre 2017, die in katholischen Kreisen bis heute kontrovers diskutiert wird. Die Studie war gedacht als Orientierungs- und Argumentationshilfe für den Umgang mit der AfD und ihren Vertreter*innen und warf doch zugleich die pikante Frage nach

thematischen Schnittmengen auf. In ihrem Buchbeitrag geht Behrensens entsprechend auf die Themen „Lebensschutz“, Familienbild und Gender-Kritik ein. Sie benennt deutliche Unterschiede wie den christlichen Universalismus und verweist doch auch kritisch auf diejenigen Anknüpfungspunkte, die es Rechtspopulisten und Rechtsextremen vereinfachen können, sich in christlichen Kreisen breit zu machen.

Behrensens Hauptanliegen, wachsam zu sein in Bezug auf Infiltrationen von rechts, könnten Humanistinnen und Humanisten durchaus teilen. In einer Fußnote verweist sie auf das vorsichtige Urteil des katholischen Politikwissenschaftlers Andreas Püttmann, „dass das Stimmenpotenzial der AfD bei Konfessionslosen deutlich höher zu liegen scheine als bei Protestant*innen, und bei Protestant*innen deutlich höher als bei Katholik*innen“. In Bezug auf die Konfessionsfreien ist dies ein Befund, der auch dort nicht grundsätzlich bestritten wird und die Kommentarspalte auf der Website bestätigt dabei durchaus das im Interview Gesagte³: Im Feld der Konfessionsfreien tummeln sich eben nicht nur Humanistinnen und Humanisten, sondern neben kirchenkritischen Religiösen, dubiosen Esoterikern und Gleichgültigen eben auch AfDler und bekennende Nazis, was einmal mehr die beliebte pauschale politische Bezugnahme humanistischer und säkularer Verbände auf die Gruppe der Konfessionsfreien mehr als fragwürdig erscheinen lässt. Andererseits muss aber deutlich gesagt werden, dass es keine Belege dafür gibt, dass ein Teil der Konfessionsfreien AfD wählt, *weil* sie konfessionsfrei sind. 1933 waren ca. 96 % der Deutschen Kirchenmitglieder, sodass auch die NSDAP in großer Breite von Kirchenmitgliedern gewählt worden ist. Dies widerspricht der These von den vermeintlich für den Nationalsozialismus verantwortlichen Atheisten, sollte aber ebenfalls nicht zu dem Schluss verführen, die Kirchenmitglieder hätten die NSDAP gewählt, *weil* sie Christen waren.

Der Philologe und Religionshistoriker *Hubert Cancik* eröffnet im Band die Reihe der sich auf Erasmus selbst konzentrierenden Beiträge. In „Muttersprache – Vatersprache. Universalsprache und Nationalsprachen bei Desiderius Erasmus“ arbeitet er heraus, inwiefern Erasmus ein „entschiedener Kosmopolit“ und Begründer einer „europäischen Nationalliteratur“ gewesen ist. So habe Erasmus nicht in seiner Muttersprache, dem Holländischen, geschrieben, sondern sich vornehmlich in der „Universalsprache seiner Epoche“, dem Latein, verständigt. Auch sei sein Leben von einer

3 Vergleiche dazu z. B. <https://hpd.de/artikel/afd-waehler-und-humanisten-16347>.

enormen Reisetätigkeit durch Europa geprägt gewesen, mit der offen ausgesprochenen Überzeugung von der Welt als gemeinsamem Vaterland aller Menschen, die ihn auch dazu bewogen habe, auf das ihm von Zwingli angebotene Züricher Bürgerrecht zu verzichten. Mit seiner „Monopolisierung von Latein“ und einer gewissen „Geringschätzung von Nation und Volkssprache“ habe er unter den Humanisten seiner Zeit, die sonst eher mehrsprachig waren und das neue „Nationsdenken“ durchaus förderten, eine Sonderstellung eingenommen. Dennoch aber, so Cancik, begrüßte Erasmus sowohl die Übersetzung seiner Schriften in die Volkssprachen wie auch die Verbreitung der Bibel in diesen: erreichbar für alle Volksschichten, soziale Grenzen sollte es ebenso wenig geben wie nationale, ein Nebeneinander also von Universal- und Regionalsprachen. Der Autor versteht es, in jeder Zeile seines Beitrags wie nebenbei die inhaltliche Unverträglichkeit einer völkisch-nationalistischen Indienstnahme dieses europäischen Humanisten zu zeigen, ohne dass die aktuellen Bezüge explizit angesprochen werden müssten. Wenn man bei Cancik über die kosmopolitische Ausrichtung des Erasmus liest, dessen Reisetätigkeit und Beharren auf gepflegter Kommunikation in der damaligen „Universalsprache Latein“, einer angelernten Vatersprache, dann stellen sich unweigerlich Bilder ein von Repräsentant*innen und Anhänger*innen des neueren deutschen Rechtsnationalismus, die Englisch radebrechen oder so wüste wie grammatikalisch inkorrekte Beschimpfungen in ihrer Muttersprache ausstoßen. Wobei Cancik durchaus nicht versäumt, kritisch darauf hinzuweisen, dass Erasmus nie danach gefragt habe, ob seine Distanz zum Nationalen und Regionalen, die er seinem Stand der Forscher und Gelehrten zuschrieb, auch in anderen – weniger privilegierten – Volksschichten geteilt wird bzw. so ohne Weiteres teilbar ist.

Der Autor hebt neben Erasmus' Einsatz für „säkulare Literatur“ und „säkulare Erziehung“ auch dessen Bezugnahmen auf religionsfreie und humanistische Traditionen hervor, seine Übersetzungen von Plutarch und Lukian aus dem Griechischen ins Lateinische sowie seine Edition der Werke Ciceros. Diese Auseinandersetzung mit antiker Moralistik und ethischer Reflexion gehöre wesentlich mit zur Person des Erasmus, wodurch die unausgesprochenen Unverträglichkeiten mit völkischer Ethik auf eine lehrreiche Weise deutlich werden.

Eine historische Rückschau in humanistischer Perspektive darf das sozio-ökonomische und intellektuelle Umfeld von Erasmus nicht außer Betracht lassen. Der Philosoph *Frieder Otto Wolf* bettet Erasmus' Wirken und Werk

zusammen mit denjenigen der Humanisten Thomas Morus, John Colet und Juan Lluís Vives ein in die Geschichte der frühen vorbereitenden Entwicklung kapitalistischer Produktionsbedingungen und der Herausbildung des modernen Staates in Europa. Sein Beitrag „Das Viergestirn des europäischen Humanismus. Erste Fragen und Thesen zu einem nicht nur historischen Forschungsfeld“ ist auch eine Auseinandersetzung mit dem israelischen Historiker Hanan Yoran und dessen Forschungen zum Renaissance-Humanismus. Bei Wolf artikuliert das Viergestirn eine frühe Form von „Kapitalismuskritik“ und der Humanismus der vier Autoren – universelle Freiheit und Gleichheit, argumentative Rationalität, intellektuelle Autonomie – wird vorgestellt als Produkt der beginnenden Durchsetzung „moderner Herrschaftsverhältnisse“, in deren Widersprüchlichkeit von „humanistischer Oberfläche“ einerseits und materieller Abhängigkeit andererseits auch schon das Viergestirn agiert habe.

Dabei fordert Wolf eine Anerkennung der Bedeutung dieses „christlichen Humanismus“, der von zeitgenössischen säkularen Humanist*innen heute oftmals bewusst ignoriert oder aus der eigenen Tradition ausgeschlossen wird. Der christliche Humanismus wird als ein Vorläufer modernen aufgeklärten und europäischen Denkens beschrieben, der – prä-konfessionell und supranational – eine historische Alternative zu den konfessionellen wie nationalistischen Spaltungen, Kriegen und Dogmatisierungen der folgenden Jahrzehnte hätte sein können, wenn er sich denn durchgesetzt hätte. Dieser wichtigen „Entwicklungsgestalt des neuzeitlichen Humanismus“ spricht Wolf aktuelle ethische und politische Orientierungspotenziale zu. Nichtreligiöse Humanist*innen heute sollten diese Position einer aufgeklärten und rationalen Religiosität „als einen Partner im liebenden Streit der modernen Weltanschauungen akzeptieren“, von dem sie durchaus etwas lernen können.

Eine zeitgenössische Form des christlichen Humanismus scheint sich heute in der Person des Argentiniers und Jesuiten Jorge Mario Bergoglio zu zeigen, der sich seit seiner Wahl zum Papst wiederholt und explizit für einen neuen Humanismus einsetzt. Ungeachtet des harschen Widerstands in den eigenen Reihen fordert er einen lebensfreundlicheren Kurs seiner Kirche, plädiert für die Einheit der Menschheit und kritisiert die kapitalistische Weltwirtschaft, die Nationalismen und Egoismen. Zuletzt hat er in seiner Enzyklika *Fratelli tutti* (2020) besonders den Wert und die Würde eines jeden Menschen samt des Rechts auf individuelle Entfaltung hervorgehoben, nicht ohne politische Konkretisierung: In der Migrations- und Asylpolitik fordert er die Einrichtung humanitärer Korridore, die Ausstellung einer

größeren Zahl humanitärer Visa, die Vereinfachung von Asyl-Antragsverfahren sowie Unterkunft, Sicherheit und Arbeit für alle Flüchtenden und Migrierenden. Selbstverständlich kann man auch diese auffällige Bezugnahme auf den Humanismus mit Recht als fragwürdige Vereinnahmung einer Tradition kritisieren, die weder etwas mit dem Frauen- wie Familienbild und den Sexualitätsvorstellungen der katholischen Kirche noch mit deren undemokratischen Macht- und Herrschaftsstrukturen zu tun hat. Vielleicht aber sind wir auch hier Zeuge einer allgemeineren Entwicklung im Feld der Weltanschauungen und Religionen, die prominent nun auch die katholische Kirche erreicht: Dass ein praktischer Humanismus zusehends in den Vordergrund gelangt und die ihm zugrunde liegenden jeweiligen weltanschaulichen und religiösen Begründungen an Bedeutung verlieren und in den Hintergrund rücken.

In Reaktion auf die Anerkennung der Desiderius-Erasmus-Stiftung als Bundesstiftung durch die AfD hatte der Religionswissenschaftler und Pädagoge Micha Brumlik in der Tageszeitung *taz* Antisemitismus bei Erasmus diagnostiziert und polemisch suggeriert, womöglich habe die Partei doch den richtigen Namenspatron.⁴ Die Philologin und Religionswissenschaftlerin *Hildegard Cancik-Lindemaier* untersucht diesen Vorwurf in ihrem Beitrag „Erasmus von Rotterdam und der christliche ‘Judenhass’ – ein Überblick“. Es sei erstaunlich, dass die bisher umfassendste Studie zum Thema „Erasmus und Judenhass“, auf die stets Bezug genommen werde und auf die sich auch Brumlik bezogen habe, nur einen minimalen Ausschnitt aus dem umfangreichen Werk von Erasmus berücksichtigt: nur 6 von insgesamt 3.141 Briefen und gar nicht die Masse an anderen Texten von Erasmus. Cancik-Lindemaier benennt die schwerwiegenden methodologischen Vorbehalte gegen ein solches Vorgehen, fokussiert in ihrem Beitrag aber auf die aus ihrer Sicht mangelhafte Interpretation dieser sechs Briefe zur Reuchlin-Affäre (1505–1521), geschrieben innerhalb von nur 14 Tagen im November 1517. Am Text selbst, insbesondere an den von Erasmus verwendeten rhetorischen Figuren demonstriert sie subtil die Tücken einer vereinfachenden und ungenauen Erasmus-Lektüre, der auch Brumlik in seiner politischen Instrumentalisierung zum Opfer gefallen sei. Erasmus habe nicht gegen „die Juden“ gekämpft, sondern gegen den „Judaismus“ als Gesetzes- und Zeremonien-Religion. Diesen „Judaismus“ fand er auch

4 Tageszeitung *taz* vom 19.8.2018: „Parteinahe Stiftung der AfD. Was dachte Erasmus?“, <https://taz.de/Parteinahe-Stiftung-der-AfD/!5522471/>.

im zeitgenössischen Christentum selbst; er kritisierte ihn vor allem in den gängigen Praktiken des Mönchtums, dem Gegenbild seines eigenen Ideals eines vergeistigten Christentums. „Judenhass“ aber im Sinne einer psychologischen Disposition könne man ihm nicht vorwerfen und auch zur Gewalt gegen Personen habe er – anders als Luther – nicht aufgerufen. Aus heutiger Sicht sei aber durchaus zu fragen, warum der Humanist Erasmus die reale jüdische Verfolgungsgeschichte unkommentiert ließ. Auch das „Gewaltpotenzial“ seiner rhetorischen Figuren dürfe nicht einfach übergangen werden. Am Ende ihres Beitrages problematisiert Cancik-Lindemaier die auch von der deutschen Bundesregierung übernommene sogenannte „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA). Sie teilt die Befürchtung, dass die Vagheit der Definition kontraproduktiv ist und dazu benutzt werden kann, Diskussionen mithilfe von Sprachregelungen zu unterbinden.

Der Philosoph *Enno Rudolph* führt das Thema des Antijudaismus bei Erasmus in einem anderen Kontext weiter, auch er qualifiziert dabei diesen „sehr speziellen Antijudaismus“ als theologisch bzw. religionswissenschaftlich und nicht als biologistisch-rassistisch. Sein Aufsatz „Pazifismus und Feindschaft. Erasmus von Rotterdam im Zwielicht“ trägt bewusst den Untertitel „eine Skizze“, weil hier viele Themen angedeutet und so manche Diskussion eröffnet wird. Rudolph geht aus von der Frage, ob man Erasmus aufgrund einschlägiger Äußerungen als „Judenhasser und Bellizisten“ etikettieren könne. Um sich einer Antwort anzunähern, stellt er Erasmus in einen größeren historischen Zusammenhang bis hin zu Carl Schmitt ins 20. Jahrhundert und legt eine Unterscheidung von Feindschaft und Gegnerschaft, von Vernichtung und Widerlegung zugrunde. Er diskutiert drei „Feindbilder“ des Erasmus: „die Türken, die Juden und die blutigen Päpste“. In Rudolphs Sicht stellt Erasmus sich damit den drei monotheistischen Religionen kritisch gegenüber, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Begründungen. Der Standpunkt der Kritik, und das dürfte ein gewisser Clou dieser Ausführungen sein, wird als der humanistische Standpunkt verstanden, der weltanschaulich weitgehend neutral sei.

Insbesondere Rudolphs Unterscheidung von „Gegnern“ und „Feinden“ dürfte auch ein herausfordernder Anknüpfungspunkt für Debatten über einen modernen Humanismus sein: Kommt Humanismus – in der Außen- und Innenpolitik der Staaten wie innerhalb seiner Organisationen und im sogenannten „säkularen Spektrum“ – gänzlich ohne Feinde aus oder muss er realistisch auch mit solchen rechnen, denen mit Dialog oder Widerle-

gung nicht beizukommen ist? Oder: Wie lässt es sich vermeiden, dass aus Gegnern Feinde werden?

In Bezug auf den Pazifisten Erasmus verweist Rudolph darauf, dass dieser den Krieg ächtet und dennoch Ausnahmen zulässt, wie sie dem Prinzip des Pazifismus selbst inhärent seien. Ausnahmen seien für Erasmus gerechtfertigt, wenn der Krieg dem Frieden diene, ohne dass der Krieg dadurch ein „gerechter“ würde. Rudolph zeigt dabei wichtige Differenzen zu Kant, Machiavelli und Schmitt, ohne Erasmus doch gänzlich aus der „Riege“ der letzten entlassen zu wollen, eben weil auch Erasmus diese Ausnahme zulässt.

In seinem zweiten Text verknüpft *Enno Rudolph* die oben erwähnte, aus seinem historischen Vergleich erwachsene Frage nach Erasmus' humanistischer „Neutralität“ mit den uns seit einigen Jahren sattem bekannten Debatten um das muslimische Kopftuch. Seine Fallstudie mit dem Titel „Neutralität – eine humanistische Tugend?“ diskutiert eine Reihe von Aspekten zu Kopftuchverboten und Neutralitätsgebot: Ist Neutralität nicht eine „unmenschliche“ Überforderung? Warum bleibt sie trotzdem eine wichtige regulative Idee? Verlangt das Neutralitätsgebot ein Kopftuchverbot in spezifischen staatlichen Hoheitsbereichen oder gebietet es nicht gerade die Verteidigung von Persönlichkeitsrechten? Für Rudolph sind Kleidungsstücke als Ausweis von Gesinnung wie auch Mentalitäten überhaupt nicht überprüfbar, dies sind nur „Handlungen im Rahmen der Amtsausübung“. Unter Bezugnahme auf Kant und auf die für unser Rechtssystem grundlegende Unterscheidung von Recht und Moral hält er fest, objektivierbare Urteile seien dem Recht nur in Bezug auf Handlungen möglich. Er plädiert eindringlich dafür, dass juristische Instanzen nicht über die Gedanken von kopftuchtragenden Frauen spekulieren, sondern sich allein an Amtsvollzüge halten sollten. Dabei seien auch Amtsträger durchaus „Parteigänger“, nämlich für die Interessen des Staates und des Volkes, im Interesse der Gesetze. Die „humanistische Tugend“ besteht für Rudolph darin, so darf geschlossen werden, dass Lehrende und Richtende sich so weit wie eben menschenmöglich um Neutralität bemühen und dass eine Gesellschaft eventuelle Verstöße anhand von Amtshandlungen und nicht anhand von Gesinnungen beurteilt.

Der Herausgeber schließlich steuert den Aufsatz „Die schüchterne Humanistin“ bei. Ausgehend von Stefan Zweigs „Triumph und Tragik des Erasmus von Rotterdam“ wird der Gedanke entfaltet, die positiven Seiten der

Schüchternheit würden gesellschaftlich und nicht zuletzt auch im zeitgenössischen humanistischen Selbstverständnis allzu häufig unterschätzt, obgleich interessante Anknüpfungspotenziale für Humanisierungsprozesse gegeben seien. Mit Zweigs Text – der nicht biografisch im strengen Sinne, sondern eine literarische Lebensbeschreibung ist – lässt sich die Ängstlichkeit und Schüchternheit des Erasmus affirmativ hervorheben und als ein historisches Beispiel für die behutsame Urteilskraft und Zurückhaltung des Humanismus verstehen. Rechte Gruppierungen heute dagegen demonstrieren, dass Verrohungsprozesse jederzeit wieder möglich sind. Ein kleiner historischer Abriss zur Ambivalenz der Schüchternheit mündet in die grundsätzlichere Frage, wie schwierige und negative Seiten menschlicher Existenz, exemplarisch hier die Ängstlichkeit oder Schüchternheit, eine wertvolle Form der Realisierung der menschlichen Lebensform sein können, statt nur als zu vermeidende Abirrung oder abzustellendes Übel zu gelten. Schüchternheit habe eine besondere humanistische Qualität, ein Friedens- und Ausgleichspotenzial, das in Gemeinschaften stärker zum Zuge kommen soll, als dies gewöhnlich der Fall ist. Eine von Schüchternen mitgeprägte Gemeinschaft wäre sich nicht nur der Freuden des Sozialen besser bewusst, sondern auch seiner Schrecken. Bei all dem spielt das Motiv der Schnecke und ihres Häuschens eine gewisse Rolle.

Angeichts der hier vorgelegten akademischen Analysen zur Indienstnahme des Erasmus durch die politische Rechte und zu Erasmus' Wirken und Werk selbst, angesichts der versuchten konzeptuellen Überlegungen zu einem zeitgenössischen humanistischen Selbstverständnis sollte man nicht vergessen, wie sich in der gesellschaftlichen Praxis die „geistige Offenheit“ einer Parteistiftung, die die „Förderung von Wissenschaft“ als ihre Aufgabe betrachtet,⁵ mit der Gewalt der Straße verbünden kann. Exemplarisch dazu: Die aktuelle Vorstandsvorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung, Erika Steinbach, ehemals Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, hatte sich in ihrer neuen Funktion sogleich auf den Leiter der Anne-Frank-Bildungsstätte in Frankfurt am Main, Meron Mendel, gestürzt, weil dieser einen offenen Brief an den Innenminister Seehofer mitorganisiert hatte: Keine staatlichen Zuschüsse an eine geschichtsrevisionistische Stiftung wie die Desiderius-Erasmus-Stiftung, lautete dort die Forderung. Die Wochenzeitung *Die Zeit* berichtete am 30. Januar 2020 vom gerichtlichen und schließlich durch Vergleich beigelegten Streit der

5 So die Selbstdarstellung auf der Webseite: <https://erasmus-stiftung.de/>.

beiden um die Frage, ob Mendel im Gespräch mit Steinbach AfD-Politiker mit Josef Mengele verglichen habe. „Während des Verfahrens jedoch hatte Steinbach auf ihren Social-Media-Kanälen Gerichtsunterlagen veröffentlicht, auf denen Mendels Privatadresse zu sehen war.“⁶ Erwartbar sah sich Mendel in der Folge wüsten Beschimpfungen und sogar Todesdrohungen ausgesetzt, weswegen er mit seiner Familie schließlich umziehen musste. Ist dies nun Naivität, Nachlässigkeit oder schickte gar die Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung Gesinnungsgenossen von der Straße auf ihren politischen Gegner los? Wie dem auch sei: Auf den Humanisten Erasmus wird sie sich dabei in keinem Fall berufen dürfen.

6 Die Zeit: Wellen des Hasses. Ausgabe 6/2020 vom 30.1.2020, S. 16.